

Entschlossen. Vernünftig. Klar.

Programm der Reinbeker FDP Zur Kommunalwahl 2013

Das politische Handeln der Reinbeker Liberalen orientiert sich am Leitbild des verantwortlich und selbstbestimmt handelnden Bürgers. Die Erhaltung der Bürgerrechte, insbesondere des Rechtes auf Selbstbestimmung, steht für uns an erster Stelle.

Auf Reinbek bezogen setzen wir uns dafür ein, dass die im Leitbild der Stadt Reinbek formulierten Ansätze mit Leben erfüllt werden.

1. Verwaltung, Bürgerservice und Finanzen

Verwaltungsstruktur optimieren, Potentiale nutzen!

Effektive Verwaltungsarbeit steht und fällt mit der Motivation der Mitarbeiter. Die Struktur der Verwaltung ist daher weiter mit dem Ziel einer möglichst großen Eigenverantwortung zu optimieren. Die Bezahlung der Mitarbeiter muss sich zu einem gewissen Anteil an der Leistung orientieren. Die einzelnen Aufgaben sind zu hinterfragen; eine vorurteilsfreie Prüfung, welche Leistungen die Stadt erbringen muss und welche Leistungen besser durch andere erbracht werden, wollen wir unterstützen. Dabei ist jeder Einzelfall zu durchleuchten. Ein Generalrezept, ob staatliches oder privates Handeln den Bedürfnissen des Bürgers besser gerecht wird, gibt es nicht.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Potentiale, die in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen liegen, auch genutzt werden. Der Bürgerservice vor Ort darf darunter nicht leiden.

Bankverbindung: Konto 20097045 · Sparkasse Holstein · BLZ 213 522 40

Vorstand FDP Reinbek · Jari Grünig · Ebereschenweg 3 · D - 21465 Reinbek
Telefon +49 (040) 71007518 · Telefax +49 (040) 73119569
gruenig@fdp-reinbek.de

In Projekten, statt in Haushaltsjahren denken!

Die Stadt Reinbek kann seit vielen Jahren auf weit überdurchschnittliche Steuereinnahmen zurückblicken. Dennoch gelang es in den letzten Jahren nicht, den Schuldenstand der Stadt Reinbek zu reduzieren. Im Gegenteil: Die Schulden der Stadt Reinbek nähern sich Ende 2012 gefährlich der Schwelle von 30 Mio. EUR und sind damit auch in dieser Wahlperiode gestiegen. Reinbek hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Deshalb ist es notwendig, die Ausgaben dauerhaft auf eine Höhe zu begrenzen, die durch die Einnahmen abgedeckt wird. Dazu ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich. Einige Maßnahmen, wie zum Beispiel die neue Betriebsform des Freizeitbades oder die Neustrukturierung des Kulturbereiches, konnten mit unserer Unterstützung auf den Weg gebracht werden.

Und im Rahmen dieses Programms werden Sie an vielen Stellen weitere Vorschläge zu einer Verbesserung der Ausgabenstruktur erkennen. Wir werden uns grundsätzlich dafür einsetzen, dass der Haushalt nicht nur aufgestellt, sondern als Führungs- und Steuerungsinstrument begriffen wird. Dazu sind eine Transparenz der Haushaltsansätze und eine ständige Kostenverfolgung mit Soll-Ist-Abgleich erforderlich. Grundvoraussetzung ist für uns eine Abkehr vom Denken in Haushaltsjahren hin zu einer projektbezogenen Haushaltssteuerung.

Vergabe- und Einkaufstätigkeiten transparent und kontrolliert gestalten!

Bei sämtlichen Aufträgen und Beschaffungen der Stadt Reinbek ist ein professionelles Vergabe- und Projektmanagement anzuwenden. Vergaben müssen die Möglichkeiten des Marktes nutzen. Dies fördert langfristig auch den Bestand und die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft. Vergaben ohne Ausschreibung, egal in welchem Verwaltungsbereich, müssen die absolute Ausnahme werden. Entscheidungen für Investitionen müssen so frühzeitig fallen, dass genügend Zeit zur Projektvorbereitung und Planung verbleibt.

Gemeinsames Mittelzentrum zum Nutzen aller entwickeln!

Reinbek bildet mit Glinde und Wentorf ein gemeinsames Mittelzentrum. Dadurch lassen sich konkurrierende und geldverschlingende Planungen vermeiden und gemeinsam eine Zukunftsstrategie entwickeln. Ein koordiniertes Vorgehen bei Beschaffungen oder die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, technischen Anlagen und Ausstattungen führt für alle Gemeinden zu einer finanziellen Entlastung. Der Erfolg dieses Mittelzentrums steht und fällt mit der Bereitschaft aller Kommunen, nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben, sowie die Position der Partnergemeinde anzuhören und anzuerkennen. Die aktuell erkennbaren Tendenzen, dass Reinbek der einzig gebende Teil im Mittelzentrum ist, dürfen keine Fortführung finden.

Vorschriften und Satzungen vereinfachen oder abschaffen!

Vorschriften und Satzungen der Stadt Reinbek sind auf ihre Notwendigkeit hin zu durchforsten und ggf. zu streichen oder zu vereinfachen. Nicht jeder Schritt des Bürgers muss geregelt werden. Und die Mitarbeiter der Verwaltung erhalten so Freiräume für die wirklich wichtigen Arbeiten.

Eigenverantwortung des Bürgers stärken!

Im Vordergrund unserer Politik steht der mündige, Eigenverantwortung tragende Bürger. Politik ist kein Selbstzweck, sondern hat das Wohl der Reinbeker Bürger zum Ziel. Die Reinbeker Bürger sind daher möglichst früh und umfassend in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Bürgerhandeln hat Vorrang vor staatlichem Handeln. Bürgerorientiert handelnde Verwaltungsmitarbeiter sind dafür eine Grundvoraussetzung. Neue Formen der Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen haben zum Beispiel bei der Diskussion über das Freizeitbad Reinbek oder die zukünftige Unterstützung der Sportvereine in Reinbek zu langfristig tragfähigen Lösungen geführt. Diesen Weg wollen wir weiter vorantreiben. Eine Voraussetzung ist, dass engagierte Bürger mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden. Für eine offenere und bürgerfreundlichere Gestaltung der kommunalpolitischen Fragestunde werden wir uns einsetzen.

Projekte fördern ist die Aufgabe der Stadt!

Ziel der Verwaltungstätigkeiten muss es in erster Linie sein, Wege aufzuzeigen wie ein Projekt umgesetzt werden kann. Nicht verhindern, sondern fördern ist als Grundregel anzuwenden.

2. Schule und Soziales

Betreuungsleistung fördern, keine blinde Kostenübernahme!

Die Reinbeker Liberalen verstehen Sozial- und Schulpolitik nicht als Verteilung von Almosen. Im Vordergrund steht der Gedanke, Eigeninitiative und Leistung zu fördern. So werden nach Vorschlag der Reinbeker Liberalen zurzeit Zusammenschlüsse von Tagesmüttern und die offenen Ganztagschulen durch einen Beitrag je geleisteter Betreuungsstunde finanziell gefördert.

Mit dieser Fördermaßnahme steht Reinbek allein in Schleswig-Holstein dar und hat so einen überschaubaren klar definierten Finanzrahmen ermöglicht. Diesen Weg wollen wir im Schul- und Sozialbereich weitergehen.

Kinderbetreuung:

Kinderbetreuungsangebot bedarfsgerecht entwickeln!

Das Betreuungsangebot für Kinder aller Altersstufen hat sich am Bedarf der Eltern zu orientieren. Betreuungsplätze sind insbesondere in Bezug auf die Betreuungszeiten an die sich verändernde Arbeitswelt anzupassen. So sollte es in Zukunft zum Beispiel möglich sein, Kinder auch nur an drei Tagen in der Woche betreuen zu lassen. Private und ehrenamtliche Initiativen wollen wir in gleicher Weise unterstützen wie staatliche Einrichtungen.

In den nächsten Jahren wird auch in Reinbek die Zahl der Kinder zurückgehen. Dadurch frei werdende Betreuungsplätze für 3- bis 6-jährige Kinder sollten in Plätze für Kinder unter drei Jahren umgewandelt werden. Dadurch können kostenintensive Neubauten vermieden werden. Die gute Abdeckung mit Betreuungsplätzen in der Fläche gilt es zu erhalten. Zusätzlich ist ein Familienzentrum in zentraler Lage für Reinbek anzustreben.

Familienzentrum für Reinbek!

Wir setzen uns für ein Familienzentrum in Reinbek ein. Hier werden den Familien umfangreiche Betreuungs- und Hilfsangebote bereitgestellt. Dies beginnt mit der Betreuung von Kindern jeder Altersstufe und reicht bis zu Beratung und Hilfe in verschiedenen problematischen Lebenssituationen. Auch Sprachtherapien oder Physiotherapien für Kinder sollen in einem Familienzentrum angeboten werden. Der integrative Gedanke für alle Kinder soll Leitbild dieses Familienzentrums sein. Aufgabe der Stadt ist, dabei die planerischen Voraussetzungen zu schaffen, so dass Flächen und Räume für die Entwicklung eines Familienzentrums zur Verfügung stehen. Die einzelnen Angebote sollten von privaten und gemeinnützigen Trägern erbracht werden.

Offene Ganztagschule zur gebundenen Ganztagschule weiterentwickeln!

Die Angebote der offenen Ganztagschulen sind auf 5 Wochentage auszubauen, so dass im Einklang mit ausreichend Hortplätzen eine Nachmittagsbetreuung bei den Familien, die diese Betreuung wünschen, sicher gestellt ist. Die Ausweitung der Angebote der offenen Ganztagschulen sehen wir als Zwischenschritt auf dem Weg zur gebundenen Ganztagschule.

Kindertagesstätten mit Neigungsschwerpunkten!

Kindertagesstätten, die Neigungsschwerpunkte setzen und so den unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen der Eltern gerecht werden, wollen wir unterstützen. So sind neben Waldkindergärten z.B. auch Kindertagesstätten mit musikalischem,

künstlerischem oder sportlichem Schwerpunkt denkbar. Gleiches gilt für Kindertagesstätten, die spielerisch Fremdsprachen oder Naturwissenschaften erarbeiten.

Schulentwicklung:

Sachsenwald-Gymnasium erhalten und unterstützen!

Erklärtes Ziel der Reinbeker Liberalen ist es, das Sachsenwald-Gymnasium in Reinbek zu erhalten und zu unterstützen. Einer Abschaffung oder Schlechterstellung des Gymnasiums werden wir uns entgegenstellen. Die Gymnasien in Schleswig-Holstein haben bei allen Studien sowohl national als auch international Spitzenplätze eingenommen. Schon deshalb verbietet sich aus unserer Sicht eine ideologisch motivierte Kritik an den Leistungen unseres Gymnasiums.

Oberstufe für die Gemeinschaftsschule einführen!

Wir werden uns dafür einsetzen, dass für die Gemeinschaftsschule Reinbek ein Oberstufenangebot geschaffen wird. Aufgrund des absehbaren Rückganges der Schülerzahlen nach 2020 und um ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges schulisches Angebot sicher zu stellen, halten wir es für sinnvoll, eine dreijährige Oberstufe gemeinsam mit dem Gymnasium Sachsenwaldschule einzurichten. Schüler der Gemeinschaftsschule können nach Abschluss der 10. Klasse in diese Oberstufe wechseln, Schüler des Gymnasiums nach Abschluss der 9. Klasse. So wird es ermöglicht, dass Schüler sowohl nach 12 als auch nach 13 Jahren Schulzeit gemeinsam das Abitur erreichen. Grundlage einer solchen Planung muss jedoch ein Schulentwicklungskonzept für die gesamte Region sein, in dem sowohl die Einrichtung eines beruflichen Gymnasiums als auch eine eigenständige Oberstufe an der Gemeinschaftsschule als weitere realistische Handlungsalternativen geprüft werden.

Keine pauschalen Kürzungen bei Lehrmitteln!

Alle Schulen sind bedarfsgerecht mit ausreichend Lehr- und Lernmitteln auszustatten. Dies gilt insbesondere für die neu geschaffene Gemeinschaftsschule in Reinbek. Realistische Mittelansätze der jeweiligen Schulleitungen dürfen nicht zur Spielmasse der Politik werden. Private Initiativen, z.B. durch Eltern und Schulvereine, unterstützen wir.

Bausubstanz der vorhandenen Schulbauten erhalten und erneuern!

In den zurückliegenden fünf Jahren konnte der Investitionsstau zur Erhaltung der Bausubstanz an den Reinbeker Schulen mit liberaler Unterstützung teilweise abgebaut werden. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Infolge zurückgehender Schülerzahlen in den kommenden Jahren liegt der zukünftige Schwerpunkt nicht mehr auf der Schaffung neuer Raumkapazitäten, sondern in der Qualitätsverbesserung der vorhandenen Räumlichkeiten. Der barrierefreie Ausbau der Grundschule Klosterbergen ist in diesem Zusammenhang endlich voran zu treiben.

Die Schülerzahlen in Reinbek werden in den nächsten Jahren absehbar sinken. Bereits jetzt gibt es Leerstände an einigen Reinbeker Schulen. Intelligente Lösungen, diese Leerstände zu nutzen, sind punktuellen Neubauten – vor allem unter Berücksichtigung der Folgekosten durch Instandhaltung und Energieverbrauch – vorzuziehen.

Senioren:

Angebote für Senioren ausbauen!

Senioren stellen einen großen Bevölkerungsanteil in Reinbek. Initiativen, das Angebot für Senioren in Reinbek zu verbessern, wollen wir unterstützen. Das Jürgen-Rickertsen-Haus als Seniorentreff hat sich etabliert und ist zu einem festen Bestandteil der Seniorenarbeit in Reinbek geworden. Seniorengerechte Sport- und Bewegungsangebote wollen wir ebenso wie die Einrichtung eines Reha-Zentrums in Reinbek fördern.

Umfassendes Konzept zur Seniorenbetreuung erarbeiten!

Um weitere Verbesserungen bei der Seniorenbetreuung zu erzielen und private Investoren in ihren Vorhaben lenken zu können, setzen wir uns dafür ein, dass ein Seniorenbetreuungskonzept für alle Reinbeker Stadtteile erarbeitet wird. Generationenübergreifende Ideen sollten dabei Vorrang genießen. In der Seniorenbetreuung ausschließlich auf den Neubau von Seniorenresidenzen zu setzen, halten wir für den falschen Weg.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Wunsch der Senioren, möglichst in den eigenen vier Wänden betreut zu werden, im Mittelpunkt eines Seniorenbetreuungskonzeptes steht. Die Ziele der Initiative „Daheim statt Heim“ teilen wir daher in großen Teilen.

Lebensqualität durch Barrierefreiheit steigern!

Reinbeker Bürger, die in ihrer körperlichen Mobilität eingeschränkt sind, werden durch mangelnde Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden unnötig in ihrer Lebensqualität beschnitten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit offenen Augen und offenem Herzen die Bedürfnisse von Menschen mit eingeschränkter Mobilität wahrgenommen werden. Öffentliche Einrichtungen und Gebäude sind barrierefrei zu gestalten. Dies ist in vielen Fällen mit einfachen kostengünstigen Maßnahmen zu erreichen. Gemeinsam mit den Betroffenen zu agieren, ist aus unserer Sicht der wichtigste Aspekt zu dieser Thematik.

Soziales:

Uneingeschränkte Unterstützung auch für privates soziales Engagement!

Um auch in Zukunft den Bürgern eine menschenwürdige Existenz in allen Lebenslagen zu ermöglichen, wird als Ergänzung zu staatlichen Leistungen das private ehrenamtliche Engagement einen noch höheren Stellenwert erhalten. Die sich dramatisch entwickelnde Veränderung der Altersstruktur wird die Gesellschaft ohne ehrenamtliches Engagement vor unlösbare Aufgaben stellen. Initiativen wie zum Beispiel der ambulante Hospizdienst oder das Projekt „Kids in the Clubs“ zeigen die positive Wirkung privaten Engagements für unser Gemeinwesen. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Initiativen die notwendige Unterstützung erhalten und in ihren Aktivitäten nicht unnötig beschnitten werden.

Menschlicher Umgang mit sozial Bedürftigen!

Die finanzielle Unterstützung für Bedürftige ist gesetzlich geregelt, hier kann die Kommunalpolitik wenig Einfluss nehmen. Auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, ist aus unserer Sicht schon eine große Belastung für die betroffenen Personen. Der Umgang unserer Verwaltung in Wort und Schrift mit diesem Personenkreis sollte daher in der Sache verständlich und zugleich menschlich gestaltet sein.

3. Stadtentwicklung und Bauen

Neubaugelände lösen keine Finanzprobleme!

Die zurzeit in den Planungen ausgewiesenen Bebauungsmöglichkeiten bieten eine ausreichende Grundlage für eine gesunde Entwicklung Reinbeks. Nun ist es an der Zeit, ein Konzept zur zukünftigen Flächenentwicklung zu erarbeiten. Bei den Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Wohnbauflächen in Reinbek müssen aus unserer Sicht die Auswirkungen umfassend geprüft werden. Ebenso ist eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen erforderlich.

Folgende Aspekte sind bei weiteren Planungen unbedingt zu prüfen:

- Welche Auswirkungen ergeben sich in Hinblick auf Bevölkerungsstruktur und soziale Bindungen?
- Wie werden die Ökologie und das Bild Reinbeks als Stadt im Grünen beeinflusst?
- Welche Verkehrsbelastungen ergeben sich aus den Planungen?
- Welche finanziellen Folgen für die Stadt und die Bürger haben Neubaugebiete kurz-, mittel- und langfristig?

Die Interessen der bereits in Reinbek wohnenden Menschen sollten im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen.

Aus unserer Sicht kann eine vorurteilsfreie Beantwortung dieser Fragen nur dazu führen, dass äußerst behutsame Planungen für Reinbek vorgenommen werden und die Entwicklung in den bestehenden Quartieren Vorrang vor der Ausweisung von Neubaugebieten erhält. Weitere großflächige Baugebiete für Wohnbebauung lehnen wir daher ab. Es ist nach unserer Auffassung ein verbreiteter Irrglaube von anderer Seite, durch Ausweisung neuer Baugebiete das strukturelle finanzielle Defizit der Stadt Reinbek abbauen zu können. Denn Neubaugebiete und Neubürger erfordern auch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen, die zudem langfristigen Erhaltungsaufwand nach sich ziehen.

Unterstützung statt Gängelung!

Genehmigungsverfahren für Bauwillige und Gewerbebetriebe müssen sich an dem Grundsatz orientieren: Soviel individuelle Freiheit wie möglich, so wenig Restriktionen wie nötig. Wobei der Charme und Reiz der einzelnen Reinbeker Stadtteile erhalten werden muss. Hierzu sind Geschossflächenzahlen kritisch zu prüfen und ggf. Verdichtungen der Bebauungen zu begrenzen. Planungen und Genehmigungen sind zügig zu bearbeiten. Investoren wollen wir aufzeigen, wie etwas möglich ist, und nicht erklären, warum etwas nicht geht.

Ortsnahes Einkaufen weiter entwickeln!

Bei den ortsnahen Einkaufsmöglichkeiten hat sich die Situation in den letzten Jahren durch Modernisierungen und neue Standorte deutlich verbessert. Eine Verbesserung der Einkaufssituation in Neuschönningstedt und im Zentrum von Alt-Reinbek ist für uns die nächste dringliche Aufgabe. Eine qualitative Aufwertung des Standortes in Schönningstedt durch großzügigere Verkaufsflächen unterstützen wir.

Auf Luxusplanungen verzichten!

Die Planung und architektonische Gestaltung der städtischen Baumaßnahmen sollte Luxusplanungen vermeiden. Dadurch lassen sich Baukosten begrenzen und unliebsame Kostenüberraschungen bei Baufertigstellung vermeiden. Der von uns unterstützte Neubau von Klassenräumen für das Gymnasium Sachsenwald kann in diesem Zusammenhang als Schritt in die richtige Richtung gesehen werden.

Die im Stadtleitbild aufgezeigten Entwicklungsziele sind gemeinsam mit den Bürgern zu konkretisieren und im Rahmen eines wirkungsvollen Stadtmarketings sowohl im Innen- als auch im Außenverhältnis zum Nutzen Reinbeks darzustellen.

Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen überdenken!

Die grundlegende Erneuerung von Straßen und Wegen wird zurzeit zum Teil aus allgemeinen Steuermitteln und zum anderen Teil aus maßnahmenbezogenen Anliegerbeiträgen der Anwohner finanziert. Die Frage, ob dieses Verfahren geändert werden soll, ist unter Abwägung aller Vor- und Nachteile zu erörtern. Alternativ könnte die Finanzierung durch regelmäßige zweckbezogene Abgaben der Anwohner erfolgen. Dies hätte den Vorteil, dass eine einmalige hohe finanzielle Belastung durch die Ausbaubeiträge vermieden wird. Allerdings ist der Übergang vom jetzigen Verfahren zu einem anderen Verfahren nicht problemlos und kann zu großen Ungerechtigkeiten führen. Zusätzlich ist die Frage zu beantworten, wie sichergestellt wird, dass die gesammelten regelmäßigen Abgaben auch tatsächlich für den eigentlichen Zweck verwendet werden. Nach Auffassung der Reinbeker Liberalen sollte diese Grundsatzentscheidung im Rahmen eines Bürgerentscheids durch die Bürger direkt getroffen werden.

4. Umwelt

Gesamtbilanz von Umweltmaßnahmen sachlich abwägen!

Ziel unserer Umweltpolitik ist eine Abkehr von werbewirksamen Schlagwortprojekten hin zu Projekten, die unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus eine Verbesserung der Umweltsituation erreichen. Solarthermie-Projekte sind unter diesem Aspekt z.B. Photovoltaik-Anlagen vorzuziehen.

Wirkungsvolles Energiemanagement für Reinbeks Gebäude!

Die im Besitz der Stadt Reinbek befindlichen Gebäude und Einrichtungen (z.B. auch die Straßenbeleuchtung) sind unter Berücksichtigung des o.g. Grundsatzes zu modernisieren. Daher unterstützen wir die Erneuerung der Reinbeker Straßenbeleuchtung in den nächsten Jahren.

Wir vertrauen der Umweltverantwortung der Reinbeker Bürger!

Reinbeks Bürger haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass ihnen ein umweltgerechtes Handeln am Herzen liegt. Im Umweltbereich sind auf Bundes- und Landesebene ausreichende Regelungen getroffen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt Reinbek keine zusätzlichen Vorschriften für Reinbeks Bürger schafft, und vertrauen auf die Eigenverantwortung der Bürger. Wir lehnen es ab, wenn zweifelhafte umweltpolitische Zwangsmaßnahmen auf dem Umweg über das Baurecht durchgesetzt werden sollen.

Wir sind überzeugt, dass Reinbeks Bürger mit dem Baumbestand auf ihren Grundstücken, der häufig noch von den Eltern und Großeltern gepflanzt wurde, verantwortungsvoll umgehen. Daher halten wir es für sinnvoll, auf die sogenannte Baumschutzsatzung ersatzlos zu verzichten. Ein Wegfall dieses staatlichen Reglementierungsinstrumentes aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird nicht zu weniger, sondern, durch die Freisetzung privaten Engagements, zu mehr Baumschutz und zu einer Vergrößerung des Baumbestandes führen. Nicht zuletzt haben Reinbeks Bürger durch vielfältige Aktionen bis hin zu Menschenketten gezeigt, wie wichtig ihnen eine intakte Natur ist. Staatliche Gängelung ist daher fehl am Platze.

Keine Neuausweisung von Baugebieten!

Die vorhandenen Baugebiete und weitere bereits jetzt zur Bebauung vorgesehene Flächen sind für eine gesunde Entwicklung Reinbeks ausreichend. Die Umwidmung bisher nicht zur Bebauung vorgesehener Flächen für großflächigen Wohnungsbau lehnen wir ab. Dies deckt sich mit den Aussagen des einstimmig verabschiedeten Leitbildes der Stadt Reinbek.

Pflege der Grünanlagen prüf- und nachvollziehbar gestalten!

Um eine den örtlichen Gegebenheiten gerecht werdende Pflege der städtischen Grünanlagen zu erreichen, setzen wir uns für einen Leistungskatalog mit klar definierten Pflegestandards für die jeweiligen Grünanlagen ein. Dieser Leistungskatalog kann auch Grundlage sein, um andere Wege als bisher bei der Pflege der städtischen Grünanlagen zu gehen.

5. Jugend-, Sport- und Kultur

Kulturbetrieb neu organisieren, Qualität erhalten und verbessern!

Ein reichhaltiges Kulturangebot für Reinbeks Bürger ist wünschenswert. Zur Beurteilung dieses Angebots gehört auch ein Blick über die Grenzen unserer kleinen

Stadt. Denn wir leben – daran sei erinnert – nur 30 Minuten von Deutschlands zweitgrößter Metropole mit einem mehr als auskömmlichen Angebot an Theatern, Opern, Musicals, Kinos, Museen, Kleinkunst und anderen Ausprägungen.

Das maßgeblich von den Reinbeker Liberalen mitgestaltete neue Konzept zum Kulturbetrieb in Reinbek kann, bei engagierter Umsetzung durch die Verantwortlichen, dazu führen, dass trotz enormer Einsparungen ab 2015 Umfang und Qualität der kulturellen Veranstaltungen nicht nur gehalten, sondern nach unserer Auffassung deutlich verbessert werden. Dies trifft auch für eine stärkere Nutzung des Schlosses zu. Das Schloss soll sich nach unseren Vorstellungen zu einem lebendigen Mittelpunkt Reinbeks entwickeln. Durch eine auch wirtschaftlich orientierte Nutzung kann dauerhaft der Bestand des Schlosses am besten gewahrt werden. Der Kreis Stormarn darf aus seiner – wenn auch nur geringen – finanziellen Verantwortung für das Reinbeker Schloss als überregionales Kulturdenkmal nicht entlassen werden.

Unser Ziel war und ist es, die hohen jährlichen Subventionen in Reinbeks Kulturbetrieb ohne Verlust an Lebensqualität für Reinbeks Bürger deutlich zu reduzieren. Diesem Ziel sind wir durch die von uns initiierten Maßnahmen in den vergangenen Jahren wesentlich näher gekommen.

Private Initiativen im Kulturbereich unterstützen!

Private Initiativen, weitere kulturelle Angebote insbesondere auch für Reinbeks Jugend zu schaffen, unterstützen wir. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ausdrücklich, wenn durch privates Engagement weiterhin Theatervorstellungen im Sachsenwaldforum ermöglicht werden. Wir haben kein Problem mit Konzerten in Gaststätten oder im Gewerbegebiet. Hier muss Verwaltung unterstützen und nicht verhindern.

Zusätzliche Angebote für Reinbeks Jugend schaffen!

Die Jugendtreffs sind im bisherigen Umfang zu erhalten, bei Veränderungen ist das Votum der Nutzer verstärkt zu berücksichtigen. Zusätzliche Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene durch private Investoren unterstützen wir. Auch ein Musikclub im Gewerbegebiet ist für uns denkbar.

Volkshochschule kostendeckend organisieren!

Ziel der Volkshochschule muss es sein, unter Absicherung der Aufgaben in der Erwachsenenbildung frei von Subventionen zu arbeiten. Eine Stärkung der Eigenverantwortung der Mitarbeiter und flexiblere Kursgestaltungen ist nach unserer Auffassung ein Weg, dieses Ziel zu erreichen. Die Konkurrenzsituation zu den Angeboten der örtlichen Sportvereine ist durch verstärkte Zusammenarbeit aufzuheben.

Vereine fördern, Sportstätten erhalten!

Die Zusammenarbeit mit der TSV Reinbek konnte durch neue Verträge auf eine langfristige verlässliche Basis gestellt werden. Die erforderlichen Investitionen in die Erhaltung der Uwe-Plog-Halle wurden endlich dank unseres Einsatzes getätigt.

Ähnliche Lösungen müssen nun auch für die Zusammenarbeit mit dem FC Voran Ohe getroffen werden. Dabei sind wir offen für ungewöhnliche Lösungen, wenn diese im Einvernehmen mit den Nutzern und den Vereinen gefunden werden. Eine Verlagerung der Sportstätten des FC Voran Ohe, um einen voll funktionsfähigen Sportplatz und eine moderne oder modernisierte Sporthalle zu erhalten, halten wir für einen überlegenswerten Ansatz. Insbesondere weil die Finanzierung durch Verwertung des freiwerdenden jetzigen Sportgeländes sichergestellt werden könnte.

Der Betrieb des Freizeitbades Reinbek konnte durch ein neues Betriebskonzept auf eine finanziell tragbare Basis gestellt werden. Nun gilt es, auch das Lehrschwimmbecken in der Grundschule Klosterbergen wieder in einen nutzbaren Zustand zu versetzen. Ein Betriebskonzept für das Lehrschwimmbecken, ohne finanzielle Belastung der Stadtkasse, liegt dank privater Initiative vor und verdient eine Umsetzung.

Der Tonteich bietet ein in der Region einzigartiges und naturnahes Baderlebnis. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass dieses Kleinod durch ehrenamtliches Engagement der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Erholungsmöglichkeit auch in Zukunft erhalten bleibt.

6. Öffentliche Sicherheit und Verkehr

Feuerwehren weiter fördern!

Reinbeks Feuerwehren leisten einen wertvollen Beitrag für die Sicherheit und das Wohlergehen der Reinbeker Bürger. Eine dem Einsatzzweck entsprechende moderne Ausstattung wollen wir, wie bisher, auch in Zukunft unterstützen.

Das Feuerwehrgebäude der Ortsfeuerwehr in der Klosterbergen Straße ist in die Jahre gekommen. Das Gebäude ist für die erforderliche Fahrzeugausstattung zu klein. Durch eine Vielzahl gravierender Sicherheitsmängel ist Leib und Leben unserer ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkameraden schon zu Beginn eines Einsatzes massiv gefährdet. Dieser Zustand darf nicht länger hingenommen werden. Die Fürsorgepflicht gegenüber den Kameraden der Feuerwehr erfordert endlich eine Beendigung dieser Situation. Aus den vorliegenden Unterlagen von Experten auf Kreis- und Landesebene sowie von unabhängigen Gutachtern geht

unmissverständlich hervor, dass die langfristig tragbarste Lösung mit dem geringsten finanziellen Aufwand ein Neubau an anderer geeigneter Stelle ist.

Für die Wahl des neuen Standortes ist eine schnelle Erreichbarkeit aller denkbaren Einsatzorte im Zuständigkeitsgebiet maßgebend.

Die Feuerwehrstandorte in Ohe und Schönningstedt weisen ebenfalls bauliche Mängel auf, die zum Teil die Sicherheit der Feuerwehrkameraden gefährden und die Einsatzfähigkeit beeinträchtigen. Auch an diesen Standorten halten wir es für erforderlich, zügig die Mängel zu beseitigen.

Wir werden uns weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass hier endlich Entscheidungen getroffen werden.

ÖPNV stärken und ausbauen!

Der ÖPNV ist dem Bedarf angepasst zu optimieren. Um die Gemeinsamkeiten Reinbeks zu stärken, sind insbesondere die Verbindungen zwischen den Stadtteilen zu verbessern. Für Reinbeks Jugend ist es wichtig, dass ÖPNV-Angebote den veränderten Lebensgewohnheiten angepasst werden. Die durch Neuschaffung von Regional- und Gemeinschaftsschulen veränderte Schullandschaft ruft neue Schülerströme hervor, die bei der Entwicklung des ÖPNV zu berücksichtigen sind. Wir unterstützen den Einsatz lärm- und abgasarmer Busse.

Verkehrsleitplanung für das gemeinsame Mittelzentrum!

Es besteht der dringende Bedarf für eine umfassende Verkehrsleitplanung für Reinbek und seine Nachbarkommunen, bei der folgende Aspekte besondere Berücksichtigung finden:

- ❖ Innerörtliche Einkaufsmöglichkeiten
- ❖ Steuerung der Verkehrsströme, insbesondere Schwerlastverkehr
- ❖ Ampelschaltungen, die an die Verkehrsströme angepasst sind
- ❖ Kreisverkehr hat Vorrang vor Ampelregelung

Nur mit einer solchen Verkehrsleitplanung lassen sich Verkehrsströme sinnvoll lenken. So z.B. führt der schnellste Weg zwischen vielen Teilen Alt-Reinbeks und Neuschönningstedt oft über die K80 – der Verkehr muss aber auch in Richtung der K80 gelenkt werden. Ohne eine belastbare Verkehrsleitplanung lassen sich wünschenswerte Projekte wie z.B. eine Ortsumgehung für Schönningstedt nicht gegenüber Land und Bund durchsetzen.

Wir sind ausschließlich Reinbeker Bürger, die einen Teil ihrer Freizeit für die Kommunalpolitik einsetzen, weil wir uns einmischen und nicht nur kritisieren wollen.

Entschlossen. Vernünftig. Klar

Diese drei Worte drücken in einfacher Weise unsere Arbeitsweise aus. Entscheidungen wollen wir frei von ideologischer Einengung vernünftig abwägen. Entscheidungen wollen wir entschlossen und klar treffen sowie uns für eine zügige Umsetzung einsetzen.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zu diesem Programm haben, sprechen Sie uns gerne an. Dies gilt natürlich auch, wenn Sie selbst gemeinsam mit uns politisch aktiv werden wollen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

www.fdp-reinbek.de

Ihre

FDP Fraktion Reinbek, im Januar 2013